



Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 1. 4. 2007

grünwärts!

| | | | |
|---|----------|---|-----------|
| Schwerpunkt | 3 | Bund | 9 |
| Die Wahllisten der Ämter liegen vor. Sie lassen sich sehen. | | Es gibt viele gute Gründe, der Einheitskrankenkasse am 11. März 2007 zuzustimmen. | |
| Schwerpunkt | 6 | Bund | 10 |
| Wichtige Akzente setzte die grüne Fraktion im Grossen Rat des Kantons Luzern. | | «In Bern läuft viel.» Ein Gespräch mit Nationalrat Louis Schelbert. | |

Editorial

Das Outing vom 23. Januar

Rosa Rumi, Co-Präsidentin Grüne, Alberswil

Die Nominationsversammlung vom 23. Januar – das Outing und der Einstieg in den Wahlkampf für unsere KandidatInnen – war für alle ein Freudenfest. An diesem Abend durften wir die 65 Kandidierenden vorstellen, die sich – ohne Aussicht auf persönliche Vorteile, aus rein idealistischen Gründen – für die grüne Sache einsetzen. Dass die CSP und die Jungen Grünen mit uns gemeinsame Sache machen, zeigt, dass wir gerne mit anderen ausserhalb der Partei zusammenarbeiten. Besonders gefreut hat mich, dass viele Nicht-Kandidierende anwesend waren und ihr Interesse an den kommenden Wahlen bekundeten.

Am 11. März 2007 stimmen wir über unser Referendum zur kantonalen Steuergesetzrevision ab. Wir brauchen für diese wichtige Vorlage ein gutes Ergebnis. Deshalb werden sich viele von uns an Podiumsdiskussionen beteiligen, und eine Flugblattaktion wird folgen. Auch alle RundBrief-LeserInnen können das Wort ergreifen – am Stammtisch, im Bekanntenkreis und besonders effektiv: in den Leserbriefspalten der lokalen Presse!

Wichtig ist auch die Einheitskrankenkasse. Wir Grüne haben diese eidgenössische Initiative mitlanciert. Auch hier bitte die Gelegenheit nutzen, mitreden und sich einmischen. Eine weitere wichtige Abstimmung findet am 11. März in der Stadt Luzern statt – die Abstimmung über den Fixerraum. Es gilt in jedem Fall: hinschauen, hinhören und abstimmen!

Am 10. März, wenn sich alle von der Fasnacht erholt haben, steigt unser Wahlfest im Senti-treff Luzern. Am Podiumsgespräch wird Josko Vlastic von den österreichischen Grünen teilnehmen, ebenso die Zuger Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard. Fürs Gemüt gibts feines Essen und Musik. Wiedersehen feiern, diskutieren, tanzen ...

PS: Apropos kandidieren, ohne daraus persönliche Vorteile zu ziehen: Alle, die bereits einen Wahlkampf geführt oder ein Mandat innehatten, betuern, wie viel sie dabei gelernt haben. Man lernt zu recherchieren, argumentieren und sich exponieren – also, wie es heute heisst: Man entwickelt Kernkompetenzen!



Alles Wichtige im Internet

Wer kandidiert wo? Wie sieht Kandidat x aus? Wie lautet die politische Aussage von Kandidatin y? Und welches Programm vertritt unsere Regierungsratskandidatin Rosa Rumi? Diese Fragen werden ab Ende Februar auf der Website www.gruene-luzern.ch beantwortet. Die GrossratskandidatInnen in Wort und Bild zu finden sein, alles Wissenswerte zu Rosa Rumi, Hinweise auf Veranstaltungen und die KandidatInnenbroschüren im PDF-Format.



Nominationsversammlung vom 23. Januar 2007

Über 80 Grüne in der GasseChuchi

Natalie Kamber, Sekretariat Grüne, Luzern

Die Grünen des Kantons Luzern nominierten am Dienstag, 23. Januar, 65 Kandidierende für die Grossratswahlen vom 1. April 2007. Die Grünen treten in fünf Wahlkreisen an. Zu den bisherigen sechs Grossratssitzen wollen sie mindestens vier dazugewinnen (bisherige Sitzverteilung: Stadt Luzern 3, Amt Luzern Land 2, Amt Hochdorf 1).

Die Grünen Luzern sind zuversichtlich, bei den Grossratswahlen 2007 zusätzliche Sitze zu gewinnen. «Wir sind fit, das hat sich in den letzten Jahren und Monaten gezeigt», erklärte Co-Präsidentin und Regierungsratskandidatin Rosa Rumi und verwies an der Nominationsversammlung in der Luzerner GasseChuchi auf das Referendum zum Steuergesetz, auf die im letzten Oktober eingereichte Energieinitiative und die aktive grüne Grossratsfraktion. Rosa Rumi: «Mittlerweile haben die CVP und sogar die FDP die Umweltpolitik entdeckt – ein klares Zeichen, dass angesichts des Klimawandels und seiner Folgen viele Menschen eine aktivere Umweltpolitik wünschen.»

Co-Präsident Michael Töngi ist überzeugt, dass die Wahllisten ebenfalls für zusätzliche Wählerprozente sorgen werden: «Wir haben mehr Kandidierende als vor vier Jahren, insbesondere auf der Landschaft. Hier sollten denn auch in erster Linie Sitzgewinne drin liegen.» Gemäss Michael Töngi könnten auch im Amt Luzern Land und in der Stadt Luzern weitere Sitze dazukommen. Die Jungen Grünen kandidieren in der Stadt Luzern mit einer eigenen Liste. Insgesamt strebt die Partei vier Sitzgewinne an. Die Grünen wollen nicht nur zusätzliche Sitze, sondern auch eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern. Deshalb wird auf der Liste Luzern Land neben den Bisherigen eine Frau vorkumuliert.



Zusammenarbeit mit CSP

Eine Vereinbarung ermöglicht es der CSP, auf der Liste der Grünen als Gast zu kandidieren. Ähnliche Abstimmungsparolen der beiden Parteien haben zu dieser Zusammenarbeit geführt.

Ein Plakat zuhause aufstellen?

Alle, die bisher unsere Plakate gesehen haben, waren davon begeistert. Die illustrierten Frauen und Männer, die auf ihrem Sweatshirt den ersten Teil eines Wahlslogans tragen, kommen an. Christof Studhalter hat einige dieser Plakate auf Holz aufgezogen. Wer wäre bereit oder hat die Möglichkeit, ein solches Plakat bei sich zuhause aufzuhängen – an einem gut sichtbaren Ort? Melde dich beim Sekretariat (Tel. 041 360 79 66, lu@gruene.ch). Herzlichen Dank!



Die GrossratskandidatInnen der Liste 1 und 14

Alle Namen

Liste 1

Stadt Luzern: Adrian Borgula (bisher); Katharina Meile (bisher); Alain Greter; Heidi Rebsamen; Philipp Federer; Ursa Sigrist; Christian Hochstrasser; Astrid Sigrist; Enver Candan; Elisabeth Germann; Urs Koch; Monika Senn Berger; Othmar Odermatt-Stocker; Sonja Kaufmann; Hamid El Kinani; Ruth Bollinger; Heinz Laeng-Staub (CSP). Der Wohnort dieser Kandidierenden ist Luzern.

Amt Luzern Land: Froelicher Nino, Kriens (bisher); Christina Reusser, Ebikon; Patrick Graf, Kriens (bisher); Jörg Stalder, Horw; Franziska Hufschmid, Adligenswil; Michael

Töngi, Kriens; Christoph Studhalter, Malters; Dorothee Koch, Kriens; Christian Kravogel, Littau; Sibylle Wüthrich, Luzern; Michael Mühlebach, Udligenswil (Junge

Grüne); Mirjam Kalt, Kriens; Paul Küng, Malters (CSP); Evamaria Delb, Kastanienbaum; Manuel Späni, Ebikon (Junge Grüne); Erich Tschümperlin, Kriens; Rita Wyss, Horw; Andreas Heggli, Adligenswil; Mathilde Lohm, Luzern; Paul Gemperle, Kriens; Hannes Koch, Horw; Manuela Strebel, Horw.

Amt Hochdorf: Peter Lerch, Emmenbrücke (bisher); Monique Frey, Emmen; Martina Galizia, Emmen; Eugen Geisser (CSP), Luzern; Thorsten Heitzmann, Römerswil; Ursula Hildebrand, Emmenbrücke; Timo Krebs, Emmenbrücke (Junge Grüne); Jonas Ott, Luzern (Junge Grüne); Marco Thoma, Inwil (Junge Grüne); Roger Thrier, Emmenbrücke; Arnold Wyrsh, Emmenbrücke; Daniel Egli, Emmenbrücke (Junge Grüne).

Amt Willisau: Rosa Rumi, Alberswil; Valentin Arnold, Hüswil; Ruth Bürkli, Willisau; Esther Müller, Willisau; Nino Rumi, Alberswil (Junge Grüne); Reto Wigger, Schötz (Junge Grüne); Esther Zwimpfer, Luzern (CSP).

Amt Sursee: Sabrina Balmer, Beromünster (Junge Grüne); Irène Dissler-Gamma, Wolhusen (CSP); David Grüter, Sursee; Andreas Hofer, Sursee; Christoph Meyer, Luzern; Andi Rieser, Steinhuserberg (parteilos); Hatto Schmidlin, Buttisholz.

Liste 14 (Junge Grüne Stadt Luzern)

Severin Bischof; Olivier Dolder; Flurina Egli; Andreas Schönbächler; Martina Schönbächler; Micha Vollmeier. Der Wohnort dieser Kandidierenden ist Luzern.



14 GrossrätInnen und ein Regierungsrat für Luzern

Eine junge grüne Welle

Timo Krebs und Christian Sager, Luzern

Wenn ein junger Mensch für ein hohes Amt kandidiert, so rümpft die Öffentlichkeit erst einmal verächtlich die Nase und fragt: Kann der denn das? So geschehen auch Olivier Dolder, dem Kandidaten der Jungen Grünen für den Regierungsrat. Liebe Leserin, wir können Sie beruhigen: Er kann es nicht. Denn er ist nicht korrupt und hat keinen Bruder.

Eigentlich wollten die Jungen Grünen an dieser Stelle eine Satire über die Politik gewisser Exponenten der Luzerner Regierung schreiben: Über die Individualverkehrten, die Kantonsbetonierer, die vollschlanken Schlankheitswahnsinnigen, über die profilierten Schulabbauer, die Spitalprivatisierer und die weggewiesenen Wegweisen. Aber dann haben sich die Ereignisse überstürzt und lassen jeden Witz verblassen. Die reale Politik ist mit Satire nicht zu überbieten: Der Gemeinderat von Emmen hat den Bruder des kantonalen Finanzdirektors steuerlich begünstigt. Zu einer Zeit, notabene, als der Finanzdirektor noch in der Exekutive besagter Gemeinde amtierte. Derweil Letzterer seine Hände in Unschuld wäscht, hebt der Chefredaktor der Lokalpostille zu einem flammenden Plädoyer zugunsten des Regierungsrates an. Man reibt sich verwundert die Augen: Die Presse für einmal nicht in der Rolle des Vorverurteilenden, sondern in jener des Advokaten Nichtangeklagter.

Ein Finanzloch

Wenig später dann dies: Der gleiche Finanzdirektor konnte leider seine privaten Schulden temporär nicht bezahlen. Offenbar weiss er bei den öffentlichen Finanzen besser, was sparen heisst, als in eigener Sache. Verständlich: Bei einem Gehalt von über 200'000 Franken kann es schon mal passieren, dass einem 15'000 fehlen. Bei solch grossen Beträgen verliert man leicht die Übersicht ...
Meine Damen, meine Herren! Und dann fragt einer Dolder, ob er das kann! Die Jungen Grünen versichern Ihnen: Er wird es besser können. Es ist der Jungpartei ein Anliegen, die Möglichkeit zu bieten, einen Vertreter der neuen Generation zu wählen – unverfälscht und unverbraucht. Luzern soll die Chance erhalten, mit einer linken Mehrheit im Regie-

rungsrat den Aufbruch in die verkehrs-, bildungs- und sozialpolitische Zukunft in Angriff zu nehmen. Votez l'avenir, votez Dolder!

Der letzte Grossrat

Auch wenn der Grossrat nicht das Letzte ist, so dürfte es der Letzte sein. Der Entwurf zur neuen Kantonsverfassung tauft diesen nämlich in den gut zürcherischen Terminus «Kantonsrat» um. Nichtsdestotrotz stellen sich neben Olivier Dolder noch 14 weitere Junge Grüne KandidatInnen zur Wahl in die luzernische Legislative. Damit – es liegt auf der Hand – der Exekutive wenigstens dort die Leviten gelesen werden, sollten die Löcher beim Finanzdirektor nicht rechtzeitig mit dem offensichtlich genügend vorhandenen Beton aufgefüllt werden können. Die Jungen Grünen treten im Wahlkreis Luzern Stadt mit einer eigenen Liste an. In weiteren Ämtern zählen Junge Grüne auf den Listen der Mutterpartei auf Ihre Stimme: Vier junge Visionäre lassen sich im Amt Hochdorf portieren. Zwei mutige Zukunftsplaner stellen sich in Luzern Land zur Wahl. In Willisau treten zwei junge Ökomusketiere mutig gegen die CVP-FDP-Phalanx an. Und auf der Liste des Amtes Sursee schliesslich flatterte leicht und anmutig ein junger grüner Kulturschmetterling auf die Liste.

Es stehen 15 junge Menschen bereit, sich mit Herz, Seele, Leib und Verstand für unseren Kanton einzusetzen: Der Verkehr soll nicht länger verkehrt verkehren. Kultur für alle heisst Kompromisse und nicht nur Paläste. Bildung unterscheidet sich fundamental von Einbildung. Und Erstere ist enorm wichtig, auch (oder gerade) weil sie nur im Singular existiert. Und genau so wie die Moral erst nach dem Fressen kommen kann, so kommt die Politik zuerst und dann das Sparen.

Lassen Sie sich bei den Wahlen nicht in den April schicken, sondern wählen Sie junggrün. Und wenn dann noch die Regierungsratskandidatin der Grünen auf Ihrer Liste steht, dann wird Luzerns Zukunft rosa-grün.



Rückblick auf die Legislatur 2003–2007

Viele wichtige Akzente gesetzt

Adrian Borgula, Grossrat und Fraktionschef Grüne, Luzern

Auch in der bald zu Ende gehenden Legislatur war die grüne Fraktion im Grossen Rat sehr präsent und aktiv mitbestimmend in der Debatte. Sachliche, dossiersichere und konsequente Arbeit attestieren uns auch bürgerliche PolitikerInnen.

Viel Respekt wird uns entgegengebracht. Die gelegentliche Kritik, wir würden zu lange sprechen und zu viele Anträge stellen, nehmen wir zwar ernst, weil es unser Anliegen ist, Anträge und Vorstösse durchzubringen und ein gutes Diskussionsklima der Debatte förderlich ist. Aber diese Kritik ist ein Zeichen dafür, dass wir beharrlich, mit Überzeugung, für die bürgerliche Mehrheit halt oft unangenehm und mit der nötigen Differenziertheit für kompliziertere Geschäfte unsere Anliegen vertreten.



Wichtige Teilerfolge erzielt

Weil wir eine kleine Fraktion sind, kommt auf jede Einzelne, jeden Einzelnen von uns viel Arbeit zu. Das bringt für uns alle eine thematische Breite mit sich, die sich in unseren Vorstössen wieder findet. Vorstösse sind für uns ParlamentarierInnen das wichtigste Mittel, um Themen zu setzen, gerade für uns VertreterInnen einer Oppositionspartei, die nicht in der Regierung vertreten ist. Auch wenn natürlich zahlreiche und oft die nachhaltigsten Vorstösse abgelehnt wurden, gelangen uns doch recht viele Teilerfolge.

Bis Ende 2006 hatte der Grosse Rat in der Legislatur 03/07 128 grüne Vorstösse behandelt: 26 Motionen, 64 Postulate und 38 Anfragen. Von den 90 Motionen und Postulaten, mit denen der Regierung und Verwaltung Aufträge erteilt werden, wurden immerhin 21 vollständig (darunter 2 Motionen) und 30 in abgeschwächter Form oder teilweise überwiesen. Damit konnte einiges Konkretes ausgelöst werden, zum Beispiel die wertvolle Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen der Luzerner Hochschulen, ein Werbeverbot für Tabak und hochprozentigen Alkohol auf öffentlichem Grund, die Zuweisung von Rasern zu gezielten Lernprogrammen oder die Einführung einer emissions- und verbrauchsabhängigen Motorfahrzeugsteuer, was sich neuerdings auch CVP und FDP wieder auf die (Wahl-)Fahne geschrieben haben.

Vorstösspakete zu Schwerpunktthemen

Die Themen, die wir in unseren Vorstössen aufgreifen, decken das ganze Spektrum öffentlicher Aufgaben breit ab. Um Schwerpunkte zu setzen, haben wir gelegentlich Vorstösse zu Paketen gebündelt (innovative Ansätze im Hochwasserschutz, Lärmschutz und Luftreinhaltung, Gleichstellung). Auch zum Sparpaket 2005 haben wir «einen Chratten voll» Vorstösse eingereicht, um – allerdings erfolglos – zu verhindern, dass die Regierung eine ganze Reihe von Sparmassnahmen am Parlament vorbei in Eigenregie durchzieht. Mit Erfolg dagegen haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass die Schliessung des Spitals Wolhusen, der Kantonsschule Beromünster und die faktische Aufgabe des Naturmuseums Luzern im Sparpaket Reform 06 abgewendet wurden.

Aktuelles Sachgeschäft: die Schrumpferfassung

Von den Sachgeschäften, deren Behandlung wir mit unseren Beiträgen aktiv mitgeprägt haben – vor allem auch in den Kommissionen –, möchte ich nur einige wenige Beispiele herausgreifen. Sehr aktuell ist unsere fundierte Kritik an der beängstigend inhaltlosen «Schrumpferfassung», die noch in diesem Jahr dem Volk vorlegt werden wird. Von einer Verfassung, die ein paar Jahrzehnte gelten soll, sind doch wenigstens ein paar gesellschaftliche Neuerungen und Visionen zu erwarten. Von den innovativen Bruchstücken aus der vorbereitenden Kommission – als Beispiel etwa die verbindliche Schaffung einer Ombudsstelle, die auf einem Vorstoss von Rosa Rumi basierte – wurden die letzten Reste durch Regierung und Parlament getilgt. Von unseren 25 Anträgen, diese Mängel zu beheben, fand leider keiner im Parlament eine Mehrheit.

Erfolgreich verlief dagegen unser Einsatz gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, nicht im Parlament, aber in der Volksabstimmung, die durch die Parlamentsdebatte gut vorbereitet war, in der wir namentlich den Schutz der ArbeitnehmerInnen und der kleinen Betriebe thematisierten. Sehr präsent waren wir von Anfang an in der ganzen Uni-Debatte, die in einer erfreulichen Volksabstimmung gipfelte. Mit Vorstössen versuch-

ten wir die gravierenden Folgen von Gross-Schliessungen in der Privatwirtschaft (LEGO, Ackermann) für die Belegschaften zu mildern und gleichzeitig die Konzentration der Luzerner Wirtschaftsförderung auf die Entwicklungsachsen entlang der Hauptverkehrsachsen («Y-Achse») zu kritisieren.



Nicht immer werden wir gehört

Höhere Ausschüttungen für die Prämienverbilligung fordern wir seit Jahren so kontinuierlich, dass der Gesundheitsdirektor Dürr schon gar nicht mehr hinhören mag. Die Debatte um die gefährlichen Hunde haben wir schon 2000 aufgegriffen: Der tödliche Vorfall von Glattbrugg hat dann die Frage noch einmal ins öffentliche Interesse gerückt, leider ohne ausreichende Lösung. Als Finanzdirektor Bühlmann durch seine frauenverachtende Fasnachtsrede ein erstes Mal sehr negativ auffiel, beantragten wir, dass er als oberster Personalchef abzulösen sei. Vielleicht wird diese Forderung am 1. April durch eine Abwahl erfüllt werden: Gründe dafür haben wir im Parlament genug aufgezeigt.

Einsatz für den Klima- und Umweltschutz

Zu den Schwerpunkten unserer Parlamentsarbeit gehörte natürlich auch der vielfältige Einsatz für den Klima- und Umweltschutz. Niemand hat im Parlament die umweltbelastenden Aspekte am strassenlastigen Agglomerationsprogramm, am Kantonsstrassen-Mehrjahres-Programm und am Rontal-Zubringer so konsequent aufgezeigt wie wir, so fundiert, dass Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Pfister mittlerweile zu unseren Argumenten schlicht nicht mehr Stellung bezieht. Beim Aggloprogramm von Nachhaltigkeit zu sprechen ist ein abwegiger Etikettenschwindel, den es zu entlarven galt. In der Energiedebatte sind wir zwar mit vielen visionären Anliegen noch abgeblitzt, aber das Thema wird wieder ernster genommen, und gerade bei den erneuerbaren Energien ist auch von bürgerlicher Seite ein Tauwetter zu spüren. Unsere kleine Fraktion hat viele kleinere und grössere Akzente zu setzen vermocht. Abschliessend erwähnen möchte ich unter vie-

lem anderem den Einsatz für mehr Lärm-schutz, die Umsetzung des Radroutenkonzepts, den Erhalt des Service public, für mehr Demokratie bei den Parlaments- und Volksrechten, für Leute mit unteren und mittleren Einkommen im Steuergesetz, für ein Umdenken in der Landwirtschaft, Holzförderung, Reduktion der Feinstaubbelastung, für einen fairen Umgang mit AusländerInnen und eine sachliche Einbürgerungspolitik, für ein gutes Bildungsangebot mit ausreichenden Ressourcen oder etwa gegen die Schifffahrt auf dem Sempachersee.

Wir sind und bleiben dran: sachlich, beharrlich, deutlich und manchmal erfolgreich! Als Fraktionschef möchte ich der ganzen Fraktion herzlich danken für ihren riesigen Einsatz und die tolle Zusammenarbeit – allen MittenkerInnen und -kämpferInnen für ihre Impulse und Unterstützung!

stattkino

ab 22. Februar
ABSOLUT WILSON
von Katharina Otto-Bernstein

ab 1. März
ZEIT DES ABSCHIEDS von Mehdi Sahebi

ab 8. März
PAPERDOLLS von Tomer Heymann

ab 15. März
**DIE NACHT IST HELLER
ALS DER TAG** von Heinz Bütler

ab 22. März
BE WITH ME von Eric Khoo

1. – 8. April
ZYKLUS ZUR KARWOCHE mit Filmen von
Achternbusch, Buñuel, Bergman, Bresson

ab 12. April
SOMEONE BESIDE YOU
von Edgar Hagen

ab 26. April
DER FREIE WILLE von Matthias Glaser

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch

Mehr Frauen in den Grossen Rat

23 Prozent sind nicht genug

Rita Blättler, kantonale Gleichstellungsbeauftragte, Luzern

■ Mit Karten- und Ballonaktionen sowie einer Wahlplattform im Internet setzt sich FrauenLuzern in Zusammenarbeit mit der Frauenzentrale und der kantonalen Gleichstellungskommission dafür ein, dass der Frauenanteil im Grossen Rat bei den kommenden Wahlen steigt. FrauenLuzern, wo sich auch die grünen Frauen engagieren, ist ein überparteilicher Zusammenschluss von 30 Organisationen, die in Frauen- und Gleichstellungsfragen aktiv sind.



Noch ist das Ziel, dass Frauen in der Politik so selbstverständlich sind wie Männer, nicht erreicht. Im Gegenteil: Im Grossen Rat des Kantons Luzern ist der Frauenanteil rückläufig – bei den bürgerlichen wie bei den linken Parteien. 1999 waren 30 Prozent der Sitze von Frauen besetzt, zurzeit sind es bloss noch 23 Prozent (Frauenanteil in der Bevölkerung: 54 Prozent). Für FrauenLuzern, die Frauenzentrale und die kantonale Gleichstellungskommission Grund genug, um die Wahlchancen von Frauen mit einer breit gestreuten Kartenaktion, einer Wahlplattform im Internet und Ballonaktionen in allen Ämtern zu erhöhen.

Die Kartenaktion weist mit prägnanten Slogans (vgl. Beilage) auf die nötige Unterstützung von kandidierenden Frauen hin. Untersuchungen zeigen, dass die Wahlchancen von Frauen nach wie vor deutlich niedriger sind als jene von Männern. Dafür gibt es viele

Gründe. Zwei wichtige davon sind: Politisierende Männer waren über 150 Jahre hinweg in unserem Land die Norm. Die Barrieren für Frauen sind bei einem Einstieg in die Politik oft besonders hoch – weil sie zum Beispiel eine Familie und/oder keine Lobby haben.

Damit ihre Wahlchancen erhöht sind, brauchen Frauen besondere Auftrittsmöglichkeiten. Die Wahlplattform www.frauenluzern.ch bietet kandidierenden Frauen aller Parteien die Möglichkeit, sich in einem Kurzporträt den Wählerinnen und Wählern vorzustellen. Ausserdem informiert die Website über Aktionen und Veranstaltungen im Vorfeld der Wahlen. Dazu gehören insbesondere Podiumsgespräche (vgl. Kasten unten), aber auch Ballonaktionen, wie sie am Samstag, 10. März, in allen Amtshauptorten stattfinden.

Frauen bringen eigene Erfahrungen, Sichtweisen, Bedürfnisse und Themen in die Politik ein. Diskussionen aber, wie unterschiedlich Frauen und Männer letztlich politisieren, sind müssig. Denn letztlich ist es nichts anderes als eine Frage der Gerechtigkeit, dass Frauen in der Politik paritätisch vertreten sind. Denn die Politik bestimmt und entscheidet über wesentliche Fragen der Gesellschaft – von der Verteilung staatlicher Mittel bis zur Schaffung neuer Gesetze.

Für Kurzporträts kandidierender Frauen und Informationen zu Wahlanlässen: www.frauenluzern.ch.

Veranstaltung zu den Regierungsratswahlen 2007

POLITIKERINNEN STELLEN WEICHEN

Die grünen Frauen laden ein zu einer Gesprächsrunde zu aktuellen Brennpunkten der Luzerner Kantonspolitik.

Freitag, 2. März 2007, 19.30 Uhr

Teilnehmerinnen: – Ida Glanzmann-Hunkeler (Nationalrätin CVP)
– Ruth Keller-Haas (Grossrätin FDP)
– Yvonne Schärli-Gerig (Regierungsrätin SP)
– Rosa Rumi (Regierungsratskandidatin, Co-Präsidentin Grüne Luzern)

Moderation: Beat Vogt, Journalist Neue LZ.

Ort: Akademie für Erwachsenenbildung, AEB, Kasernenplatz 1, Luzern
Organisation: grüne Frauen Luzern in Kooperation mit der Frauenzentrale Luzern und der IG Frauennetzwerk Emmen.

Abstimmung vom 11. März 2007

Gute Gründe für die Einheitskasse

Hubert Zurkinden, Generalsekretär Grüne Schweiz, Fribourg

Die Grünen Schweiz haben die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse mitlanciert und an der Delegiertenversammlung in Luzern mit 107 Ja-Stimmen (10 Nein, 9 Enth.) sehr deutlich die Ja-Parole beschlossen. Es gibt in der Tat viele grüne Gründe, zu dieser Initiative Ja zu sagen.

«Wir Grüne haben die Vision, dass alle Menschen in einer gesunden Umwelt in Würde und Frieden leben können», so lautet eine der zentralen Aussagen der Grünen Schweiz. In dieser Aussage kommt ein umfassendes Gesundheitsverständnis zum Ausdruck: Gesundheit ist nicht nur ein Gegenbegriff zu Krankheit. Gesundheit umfasst nach grünem Verständnis das ganze Lebensumfeld des Menschen. Zu einem gesunden Leben gehören eine intakte Umwelt, lebensförderliche Arbeitsbedingungen, eine gesunde Ernährung usw. Es versteht sich von selbst, dass für Grüne auch ein gutes Gesundheitssystem wichtig ist. Wer krank ist, soll auf eine gute medizinische Betreuung zählen können.

Die Schweiz hat eine sehr gute medizinische Versorgung, die dank der obligatorischen Grundversicherung für alle zugänglich ist. Doch für diese Grundversorgung braucht es nicht 87 Krankenkassen, die sich eine Pseudokonkurrenz liefern. Eine Kasse für die Grundversicherung spart administrative Kosten: Versicherte und Leistungserbringer (Spitäler, Ärztinnen, Therapeuten) haben einen Ansprechpartner, der volle Transparenz der Kosten garantiert. Mit der sozialen Einheitskrankenkasse entfällt auch der administrative Aufwand für jährliche Kassenwechsel. Und vor allem: Die Werbekosten, mit denen die Krankenkassen Jahr für Jahr Jagd auf so genannt gute Risiken machen, werden entfallen.

Ungerechte Kopfprämien

Ein ebenso wichtiges Anliegen grüner Politik ist der effiziente und gerechte Umgang mit den (finanziellen) Ressourcen. Auch dafür bietet die Initiative einen Lösungsweg, der

endlich Schluss macht mit den ungerechten Kopfprämien. Die Prämien sollen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten angepasst werden. Tiefe und mittlere Einkommen sollen künftig weniger Prämien bezahlen, hohe Einkommen mehr. Für Kinder sind keine Prämien mehr zu bezahlen, denn Kinder verdienen ja nichts! Klar ist auch, dass die Prämien der sozialen Einheitskrankenkasse weiterhin kantonal festgelegt werden, es wird also keine regionalen Quersubventionen, etwa in Kantone mit hoher Ärztedichte oder Universitäts-spitälern, geben. Versicherte werden weiterhin die freie Arztwahl haben.

Mit der sozialen Einheitskrankenkasse soll der Leistungskatalog der Grundversicherung vom Januar 2003 Geltung haben, so wird auch die Komplementärmedizin wieder durch die Grundversicherung abgedeckt – ein zentrales grünes Anliegen!

Für uns Grüne ist auch die Partizipation ein wichtiges Postulat. Mit der tripartiten Verwaltung der Einheitskasse wird dieses Postulat eingelöst. Neben den Leistungserbringern und den Behörden werden bei der Verwaltung der Kassen auch die Versicherten vertreten sein. Damit wird eine bessere Planung der Gesundheitspolitik möglich, die auf Prävention und Gesundheitsförderung viel mehr Gewicht legt.



Ja! zur AHV des Gesundheitswesens

- > tiefere Prämien für untere und mittlere Einkommen
- > dezentral, schlank und kundenfreundlich
- > weniger Verwaltungs- und Werbekosten

Ja! zur sozialen Einheitskrankenkasse

- > Zwei Drittel der Bevölkerung profitieren; Familien, Mittelstand, Rentner, Kinder und Jugendliche

Ja! zur sozialen Einheitskasse am 11. März 2007

Einheit
soziale

Volksinitiative für
eine soziale
Einheitskrankenkasse

Luzerner Initiativkomitee «Ja! zur sozialen Einheitskasse»
c/o LGB, Postfach 3652, 6002 Luzern

www.einheitskasse-jc.ch

Abstimmungsparole

Volksinitiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse»

JA

Im Gespräch mit Nationalrat Louis Schelbert

«In Bern läuft viel»

Interview von Heinz Bäbler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Im Gespräch mit Louis Schelbert stand nicht nur die Wintersession 2006 im Mittelpunkt, sondern auch, welche Fragen uns in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Damit die Grünen Luzern weiterhin auf nationaler Ebene ihrer Stimme Gehör verschaffen können, braucht es einen engagierten Wahlkampf.



Heinz Bäbler: *Du hast, bevor du in den Nationalrat gewechselt bist, in einem kommunalen und im kantonalen Parlament gearbeitet. Welches sind die wichtigsten Unterschiede zum eidgenössischen Parlament?*

Louis Schelbert: In einem kommunalen Parlament werden vielfach konkrete Projekte diskutiert, z. B. in der Stadt Luzern der Strassenbau oder das Sportstadion Allmend. Zu den Vorlagen können alle Parlamentsmitglieder, die es wünschen, das Wort ergreifen. Auf nationaler Ebene sind die parlamentarischen Debatten stark strukturiert, die Abläufe sind formalisiert. Jeder Fraktion steht für ein einzelnes Geschäft eine bestimmte Redezeit zur Verfügung. Somit ist klar, dass zum entsprechenden Geschäft das jeweilige Kommissionsmitglied spricht. Spontane Äusserungen gibt es quasi nicht mehr.

Auf der kantonalen Ebene nimmt die Gesetzesarbeit viel Raum ein. Oft handelt es sich aber um Vollzugsgesetze; d. h. es wird eidgenössisches Recht auf kantonalen Ebene umgesetzt. Der Handlungsspielraum ist begrenzt.

Das ist beim Bund anders?

Der Gestaltungsraum und der Wirkungskreis sind auf nationaler Ebene um einiges grösser. Deshalb erfordert die Ausarbeitung der Gesetze grosse Sorgfalt. Nach den Vernehmlassungen erhalten die Gesetze ihren (Fein-)Schliff in der vorberatenden Kommission. Die Arbeit dort ist also entscheidend. An den Kommissionssitzungen nehmen jeweils die BundesrätInnen mit ihren Spitzenbeamten sowie weiteren Fachleuten und Spezialisten (zu den entsprechenden Themen) aus der

Verwaltung teil. Ohne gute Vorbereitung bist du als Grüner im Voraus «verkauft». Das Tempo der Verhandlungen ist gemach, aber stetig.

Du hast nun die dritte Session als Nationalrat erlebt und bist in der grünen Fraktion gut aufgenommen worden. Einige Schwerpunkte dieser Debatten?



Die Mühlen mahlen generell langsam. Im Umweltbereich scheint es mir aber speziell langwierig. Ein Beispiel: Stundenlang wurde und wird über die im Grunde bereits beschlossene CO₂-Abgabe gerungen. Beim Verbandsbeschwerderecht ist es gelungen, die Substanz im Wesentlichen zu erhalten. Das war ein echter Aufsteller. Trotzdem: Wenn wir im Umweltbereich erfolgreich sein

wollen, müssen wir unsere Vertretung in Bern vergrössern. Die Wahlen sind ja nahe.

Und im sozialen Bereich?

Auch hier versucht die Rechte, das Rad zurückzudrehen. Zu denken gaben mir viele Äusserungen in der Debatte zur 5. Revision der Invalidenversicherung. Die IV braucht eine finanzielle Sanierung. Mit den jährlichen strukturellen Defiziten und dem grossen Schuldenberg lässt sich nicht gut wirtschaften. Die SVP will aber von einer Sanierung nichts wissen. Im Ergebnis will sie die Menschen mit Behinderung für ihr Handicap auch noch mit einem massiven Leistungsabbau bestrafen. Das darf nicht die Zukunft dieses wichtigen Sozialwerkes sein. Deshalb habe ich im Kanton Luzern das Referendum gegen die 5. Revision koordiniert und freue mich, dass es mit kräftiger Mithilfe von Betroffenen und der Grünen zu Stande gekommen ist.

Der Bundesrat kann sich aber im Parlament nicht immer durchsetzen?

Zum Glück nicht! Spannend war es im Mai, als die Bundesrats-Idee über Verkauf und Privatisierung der Swisscom diskutiert wurde. Für die Regierung setzte es ein Debakel ab.

Das politisch Interessante war für mich, dass die neoliberale Welle nun schon im Parlament auf Grund laufen kann.

Wie hast du die Wahl von Bundesrätin Leuthard erlebt?

Einen so grossen Medienrummel wie bei der Wahl von Frau Leuthard zur Bundesrätin habe ich noch nie erlebt. Wandelhalle und Arbeitsräume wurden zu Radio- und Fernsehstudios umgebaut. Am nächsten Tag waren wieder alle weg, wie wenn nichts gewesen wäre. Doris Leuthard schaffte die Wahl problemlos, ich wünsche ihr für das Amt viel Glück und bin überzeugt, dass sie den versprochenen Dialog führen wird.

Einer deiner Schwerpunkte als Grossrat war die Regionalpolitik. Welche Möglichkeiten hast du als Nationalrat bei solchen Fragen?

Meine besondere Aufmerksamkeit galt den Vorlagen zur Regionalpolitik, wo es um die Förderung der Regionen wie zum Beispiel das Luzerner Hinterland geht. Zu einer Knacknuss kann künftig die Finanzierung werden. Die Fördergelder könnten stark gekürzt werden. Nur ganz gute Projekte werden dann noch unterstützt werden können. Mit der RegioHER (Hinterland, Entlebuch, Rottal) ist zum Glück die Chance gross, dass es für diese Planungsregion gelingt.

Und kleinere Dinge?

Aktiv war ich mit Anfragen zum Flugplatz Emmen – hier gelang es, den Abbruch des

Projekts «Regionaler Flughafen» zu erreichen. Dann startete ich eine kleine Anfrage zur Schliessung der Ackermann AG in Entlebuch. Dort wollte sich der Bundesrat aber – im Unterschied zur Boillat in Reconvilier – nicht engagieren. Mit dem Thema «China-Granit» erreichten wir grössere mediale Publizität – leider nicht mehr. Aber was nicht ist, kann noch werden: Steter Tropfen höhlt den Stein!

Die Legislatur neigt sich langsam, aber sicher dem Ende entgegen. Bis jetzt haben wir im Gespräch vor allem auf deinen Einstieg als Nationalrat zurückgeblickt. Nun ein kurzer Blick in die Zukunft: Welche Themen werden 2007 bis 2011 im Vordergrund stehen?


Zuerst einmal: Den Sitz haben wir Grünen nicht auf sicher – wir brauchen dazu einen guten Wahlkampf, und ob ich gewählt werde, ist auch noch offen. Jedenfalls dürfen wir uns von den momentan günstigen Wahlprognosen nicht «einlullen» lassen.

Die Aufgabe von uns Grünen wird es sein, die Klimapolitik zum grossen Thema zu machen und mitzuhelfen, die Finanzierung unserer Sozialwerke zu sichern. Wir sollten den momentanen konjunkturellen Aufschwung für die Sicherung der grossen Sozialwerke AHV, IV wie auch der ALV nutzen. In einem Satz gesagt: Es braucht weiterhin eine soziale und ökologische Politik.



saisonales, **biologisches**
Gemüse
finden Sie
immer **Dienstags** und **Samstags**
am Wochenmarkt in Luzern
am-Stand.
Erraten Sie es wohl!?

Mark Willmann, Triengen



PATRICK STEINER
PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42

Volksinitiative zum Schutz vor Waffengewalt Recht auf Waffenbesitz abschaffen

Heinz Bähler-Trinkler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Trotz heftiger und monatelanger Diskussionen nach der Ermordung von Corinne Rey-Bellet verschliessen sich Regierung und Parlamentsmehrheit den Forderungen nach einer strengeren Waffenkontrolle. Abtretende Wehrmänner sollen weiterhin gratis und ohne Waffenschein Sturmgewehr und Offizierspistole erhalten und mit nach Hause nehmen können.



Die heutige Bundesverfassung garantiert implizit ein Recht auf Waffenerwerb, -besitz und -tragen (Art. 107 Abs. 1: Der Bund erlässt Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition). Der Bund hat auf Grund der Bundesverfassung nur das Recht, den Missbrauch im Waffenbereich zu bekämpfen. Im Zusammenhang mit der anstehenden Waffengesetzesrevision sind demnach die Möglichkeiten für ein restriktives Waffengesetz limitiert.



Zur Begründung für Art. 107, Abs. 1 können wir im «Bundesbüchlein» unter anderem Folgendes lesen: Freiheitliche Tradition: Das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, gehört seit Jahrhunderten zur freiheitlichen Tradition unseres Landes. Diese Tradition wird von vielen Schweizerinnen und Schweizern durch die aktive Teilnahme am Wehr- und Jagdwesen sowie im Schiesssport heute noch hochgehalten. So weit ein Ausschnitt aus der Begründung, die im Zusam-

menhang mit der Abstimmung über die revidierte Bundesverfassung vom 26. September 1993 gegeben wurde.

Vom Recht auf Waffen zur Bewilligungspflicht für Waffen


Wir gehen heute davon aus, dass die schweizerische Waffengesetzgebung – trotz den engen Schranken, welche durch die Bundesverfassung vorgegeben sind – längst nicht alles umfasst, was zur Missbrauchsbekämpfung getan werden kann. Die langwierigen Diskussionen und die ewigen «Verschiebereien» der Debatten zur Waffengesetzesrevision in den eidgenössischen Räten zeigen auch, dass der Wille zur Schliessung der Lücken (im heutigen Waffengesetz) klein ist.

Nur durch eine Verfassungsänderung kann der Grundsatz umgekehrt werden, dass das generelle Recht auf Waffenbesitz, -tragen und -erwerb abgeschafft wird und lediglich Berufsgruppen und Privatpersonen eine Bewilligung erhalten, bei denen die Notwendigkeit gegeben ist bzw. die einen Bedarfsnachweis nach strengen Kriterien erbringen können.

Eidgenössische Initiative geplant

Mit anderen Worten: Die dringend notwendige Verfassungsänderung können wir nur durch eine Volksinitiative erreichen – das heisst es sind 100'000 Unterschriften zu sammeln. Zurzeit werden verschiedene Textvarianten juristisch geklärt und inhaltlich diskutiert. Geplant ist der Start der Unterschriftensammlung auf Ende Juni 2007.

Der Initiativtext könnte in seiner Kürzestfassung wie folgt lauten: «In Zukunft erlässt der Bund Vorschriften über den Erwerb, den Besitz und das Tragen von Waffen – dabei sind folgende Grundsätze zu beachten: Das «Waffenrecht» ist auf Personen beschränkt, die den Nachweis für die Notwendigkeit sowie einer entsprechenden Ausbildung erbringen können.»



BIO
SUISSE

EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

Öffnungszeiten

| | | |
|----|--|--------------------|
| Mo | 16 ⁰⁰ –18 ⁰⁰ Uhr | |
| Mi | 10 ⁰⁰ –12 ⁰⁰ Uhr | |
| Fr | 14 ⁰⁰ –18 ⁰⁰ Uhr | frisches Brot/Zopf |
| Sa | 10 ⁰⁰ –12 ⁰⁰ Uhr | |

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Referendum IV-Revision eingereicht

67'500 Unterschriften gesammelt

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne Luzern, Luzern

Am 25. Januar 2007 wurde das Referendum gegen die 5. IV-Revision mit 67'500 Unterschriften in Bern eingereicht. Das Sammelergebnis ist ein grosser Erfolg, zu dem viele Menschen ihren Beitrag geleistet haben, darunter viele Menschen mit Behinderung. Sie alle lassen sich nicht durch eine verfehlte Debatte über «Scheininvalidität» einschüchtern, sondern stellen die Mängel der 5. IV-Revision in den Vordergrund: Leistungskürzungen, Erhöhung des Drucks auf die Betroffenen und keine echten Integrationsmassnahmen sowie eine fehlende Finanzierungslösung. Auch Luzern hat einen respektablen Beitrag zum Sammelergebnis geleistet. 1'855 Unter-

schriften stammen nach unserer Zählung aus dem Kanton Luzern. Das ist nur möglich geworden, weil sich auf die Initiative der Grünen des Kantons Luzern in dieser Reihenfolge folgende Organisationen an der Sammlung beteiligt haben: Behindertenforum Zentralschweiz, regionale Gewerkschaften, die CSP Kanton Luzern, Juso Amt Willisau und Kanton Luzern, Junge Grüne und SP Kanton Luzern. Das Referendum ermöglicht uns eine Debatte über die Interessen von Menschen mit Behinderung und die Erhaltung der sozialen Rechte für alle. Die Abstimmung findet vermutlich am 17. Juni 2007 statt.



Grüne unterstützen eidgenössische Initiative

«Gegen die Abzockerei»

Diesem Rundbrief liegt ein Unterschriftenbogen bei. Der Vorstand der Grünen Luzern hat an seiner Sitzung vom 18. Dezember 2006 einstimmig beschlossen, die eidgenössische Volksinitiative «Gegen die Abzockerei» zu unterstützen.

Unterschreibt bitte die Initiative! Auch in der Schweiz gibt es zu viele, die sich schamlos bereichern.

Was die Initiative anstrebt:

- Der Verwaltungsrat einer Unternehmung kann sein Gehalt nicht mehr selbst bestimmen.
- Die Verwaltungsräte werden jährlich gewählt, und Doppelmandate sollen verhindert werden.
- So genannte goldene Fallschirme werden verunmöglicht. Abgangs- und andere Entschädigungen sind nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr möglich.

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H 
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Referendum gegen die Steuergesetzrevision

Bühlmanns Gipfelsturm

Michael Töngi, Co-Präsident Grüne, Kriens

Bei der Vermögenssteuer will SVP-Regierungsrat Daniel Bühlmann, dass der Kanton Luzern zu den Spitzenkantonen aufschliesst. In anderen Bereichen liegt ihm nicht so viel an meisterschaftlichen Leistungen.

Klar ist: Im Kanton Luzern sollen der Mittelstand und die Familien steuerlich entlastet werden. Dies hat auch die grüne Fraktion immer wieder gefordert und sich hinter das Ziel des Kantons gestellt, bei den Steuern einen schweizerischen Durchschnittswert anzupeilen. Ausgerechnet bei der Vermögenssteuer geht jetzt aber die Steuergesetzrevision viel weiter: Hier wird ein Spitzenplatz angestrebt und die Konkurrenz zu den Kantonen Schwyz, Nidwalden oder Zug angetreten. Das kann nicht gutgehen. Und es ist unnötig. Denn den Leuten, die viel verdienen, geht es im Kanton Luzern heute schon gut. Im Gegensatz zum Mittelstand bezahlen sie weniger Einkommenssteuern als in vielen anderen Kantonen. Mit der Halbierung der Vermögenssteuer wird wieder eine neue Ungerech-

tigkeit zwischen Reichen und Mittelstand geschaffen. Kommt hinzu, dass allzu häufig Reiche dank all den Abzugsmöglichkeiten nur geringe Einkommenssteuern bezahlen.

Steuergeschenk an die Reichen auf wessen Kosten?

Bezahlen dürfen die anderen: 60 Prozent der Bevölkerung, die kein steuerbares Vermögen und also nichts von dieser Senkung haben. Mit immer höheren Gebühren, grösseren Schulklassen oder mit dem Abbau bei der Prämienverbilligung muss die grosse Mehrheit der Bevölkerung diese Steuergeschenke an Wohlhabende finanzieren. Dem Kanton Luzern würden Jahr für Jahr 40 Millionen Franken und den Gemeinden nochmals über 50 Millionen Franken entgehen. Im ganzen Kanton werden Sparpakete geschnürt, damit die Gemeinden mit ihren Einnahmen auskommen. Wird die Steuerrevision angenommen, so werden viele Gemeinden nochmals unter Druck geraten.

Die Sparpakete sind das eine – ebenso tragisch ist, dass der Kanton Luzern wichtige Investitionen für die Zukunft vor sich herschiebt. Während sich zum Beispiel der Kanton Zürich aktiv um einen Ausbau seiner S-Bahn bemüht, sind dazu in Luzern nur leere Worte zu hören. Man hofft auf Bundesgelder, ist aber nicht bereit, selber Geld in die Hand zu nehmen. Zürich bezahlt einen namhaften Teil des neuen unterirdischen Durchgangsbahnhofs selber. In Luzern dagegen will sich der Kanton nur ganz minimal am Ausbau der Rotseelinie auf zwei Spuren beteiligen. So hat man natürlich schlechte Karten in der Hand. Die ökologischen Herausforderungen der Zukunft drängen auf schnelle Massnahmen, das kostet auch Geld – fragt sich, ob der Kanton mit seiner Steuergesetzrevision die Zeichen der Zeit erkannt hat. Angesichts des neuen Klimaberichtes der UNO ist das Primat der Luzerner Politik eindeutig falsch.

Steuergesetz für die Reichen?

Im Kanton Luzern geht es Leuten, die viel haben, heute schon gut. Sie zahlen in Luzern weniger Steuern als in vielen anderen Kantonen – ganz im Gegensatz zum Mittelstand. Und nun soll auch noch die Vermögenssteuer halbiert werden! Während der Kanton die Steuern beim Mittelstand an den schweizerischen Durchschnitt anpasst, will er bei der Vermögenssteuer die steuergünstigsten Kantone konkurrenzieren. Das ist ungerecht und führt zu Ausfällen von über 40 Millionen Franken beim Kanton.

Nein danke!

Die Folgen sind:

- **Weitere Abbaupakete.** Schulklassen werden grösser, Gebühren steigen und die Prämienverbilligung bei den Krankenkassen wird noch kleiner.
- **Bevorzugung der Reichen.** 60 Prozent der Bevölkerung haben kein steuerbares Vermögen und haben nichts von dieser Senkung. Jene, die grosse Vermögen haben, sollen nicht noch weiter entlastet werden, sondern mit der Vermögenssteuer etwas für die Gemeinschaft tun.
- **Kürzungen in den Gemeinden.** Denn nicht nur der Kanton verliert Geld, auch die Gemeinden werden rund 50 Millionen Franken weniger Einnahmen haben.

Steuergesetz für die Reichen?

In der Neuen LZ vom 4. Dezember 2006 sagte Kurt Stalder, Finanzverwalter des Kantons Luzern: «Es gibt auch Millionäre, die keine Einkommenssteuer zahlen.» Das heutige Steuersystem bietet vielen Reichen Schlupflöcher, dank denen sie ihr Einkommen ganz weit nach unten drücken. Ist es richtig, dass diese Leute jetzt auch noch weniger Vermögenssteuer bezahlen?

Nein danke!

Das Referendumskomitee ist für die Entlastung von Familien und Mittelstand. Die Halbierung der Vermögenssteuer dagegen ist masslos. Sie erfreut die Reichsten – und trifft aber alle. Nicht nur der Kanton muss weiter Leistungen abbauen, auch die Gemeinden werden überfordert, ihre Ausfälle betragen über 50 Millionen Franken. Die Folgen sind:

- Streichung von Schulklassen
- Erhöhung der Gebühren für die Musikschule
- Erhöhung Heimgeldern
- Abbau beim öffentlichen Verkehr
- Vernachlässigung des Gebäudeunterhaltes
- Grössere Schulklassen
- Weiterer Stellenabbau bei Kanton und Gemeinden
- Antrag auf Streichung der Quartierpolizei in der Stadt Luzern

Komitee gegen das Steuergesetz: Grüne, SP, CSP, JUSO, Junge Grüne, Luzerner Gewerkschaftsbund, Comedia, Gewerkschaft Kommunikation, Unia, MV
Postfach - 6000 Luzern 4 - LUAB, PC 00-41-2, Kto, CH09 0077 8010 0646 6100 4

Daniel Bühlmann

Wahltag ist ...

Michael Töngi, Co-Präsident Grüne, Kriens

Daniel Bühlmann ist als Regierungsrat nicht mehr tragbar. Die SVP steckt in der Klemme, Fragen müssen sich aber auch die FDP und die CVP stellen lassen

Wären nicht Wahlen, müsste man sie jetzt schleunigst ausrufen. Seit der Betreibungsgeschichte ist Daniel Bühlmann für ganz viele Leute untragbar geworden. Dass ein Regierungsrat zu Hause ein Durcheinander hat und es nicht schafft, bei einem Einkommen von über 220'000 Franken seine Rechnungen zu bezahlen, ärgert viele Leute – teure Scheidung hin oder her. Das ganze mag ja eine private Angelegenheit sein, doch nach der langen Liste von politischen Fehlern, dummen Äusserungen und Fehlentscheiden interessiert das längst niemanden mehr – selbst unter Grünen ist es mit der Differenziertheit vorbei. Etwas verwundert nimmt man auch die Aufrufe der SVP zur Kenntnis, man wolle keinen amerikanischen Wahlkampf, sondern einen sachlichen und fairen. Das sind doch etwas erstaunliche Töne der Messerstecher-Inserate-Partei.

Allerdings

Schwerer als die Betreibungen wiegt der Fall Emmen. Juristisch mag Daniel Bühlmann eine reine Weste haben, doch nach den vorliegenden Fakten bleibt die Frage, wie Gemeinderat Bühlmann auf die Idee kommen konnte, der Gesamtgemeinderat könne seinen Bruder Thomas steuerlich massiv bevorzugen, ohne dass ihn das etwas angehe – im Protokoll festgehaltener Ausstand hin oder her. Hier zeigt sich, dass Bühlmann jedes politische Fingerspitzengefühl fehlt und es skrupellos um persönliche oder verwandtschaftliche Vorteile ging.

Mit dem Einzug von Daniel Bühlmann in den Regierungsrat ging es in der gleichen Art weiter. Dass er seinen Bruder Thomas zum persönlichen Mitarbeiter wählte, goutierten viele nicht. Mittlerweile ist bekannt, dass viele Angestellte im Departement dessen Arbeit als Aufsicht empfinden, die weit über das hinausgeht, was die Rolle des persönlichen Mitarbeiters umfasst. Peinlich und dumm waren Bühlmanns Frauenwitze an der Fasnacht. Ebenfalls ausserordentlich ärgerlich ist die Geschichte um die Entlassung des kantonalen

Steueramtschefs, die Bühlmann bis heute nicht erklären konnte und die deshalb für Aussenstehende völlig nebulös bleibt. Man wolle das beste Steueramt der Schweiz werden. Aha – und deshalb entlässt man Leute, denen allgemein ein gutes Zeugnis ausgestellt wird?

Die grüne Alternative

Einige Fragen müssen sich insbesondere die FDP, aber auch Teile der CVP stellen lassen. Sie haben die Wahl von Daniel Bühlmann aktiv unterstützt, obwohl schon während des Wahlkampfes die Emmer Steuergeschichte aufflog und Fragen zu Bühlmanns Integrität diskutiert wurden. Man sah daran vorbei, denn man wollte den einzigen SVP-Kandidaten, der für den Regierungsrat als halbwegs fähig erachtet wurde, nicht desavouieren. Dabei wäre mit Louis Schelbert eine überzeugende Alternative zur Verfügung gestanden. Heute treten die Grünen mit Rosa Rumi an. Sie bietet sich ebenfalls als Alternative zur Regierungsbeteiligung der SVP an, die ihren Kredit nach so kurzer Zeit verspielt hat.



Die Idee von Ihnen

Das Holz aus der Region

Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 310 27 12
www.holzding.ch

Finanzierung der Wahlen

Darlehen gesucht!

Vorstand Grüne Luzern

Wir Grüne Luzern konnten die bisherigen Wahlen nur dank der Solidarität von DarlehensgeberInnen finanzieren. So suchen wir auch für die Grossrats- und Nationalratswahlen 2007 wieder zuvorkommende Grüne und SympathisantInnen, die uns für ein bis zwei Jahre ein (möglichst zinsloses) Darlehen geben.

In der Zeit zwischen Februar und Oktober 2007 benötigen wir 70'000 Franken an Darlehen, damit wir alle Rechnungen bezahlen können. Dieser Betrag scheint recht hoch, ist aber um 50'000 Franken tiefer als vor vier

Jahren. Wir sind optimistisch, dass keine unliebsamen Überraschungen auftreten und wir das Budget einhalten können.

Wer uns helfen kann, die finanziellen Engpässe der nächsten zwei Jahre zu überbrücken, wende sich bitte an das Sekretariat (lu@gruene.ch) oder an den Kassier, Philipp Federer (phfederer@dplanet.ch). Wir nehmen mit dir gerne Kontakt auf, um die Formalitäten und den Darlehensvertrag zu regeln.



**Oeko-Hotel
Gruebisbalm/Rigi**

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

Learn English
www.english-on-dartmoor.com
in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**
Neue Kurse für 2007

**Early Springtime English Course
English Course
and English Spring Gardens
Easter English Course
English Conversation
and English Gardens in May**
Kursdauer: 2 bis 4 Wochen
Das Essen ist vegetarisch
Das Mindestalter: 28 Jahre
Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson
info@english-on-dartmoor.com
Telefon: 0044 1364 73117



Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Trafigura AG hat ihren Hauptsitz in Luzern

Umweltkatastrophe in Abidjan

Philipp Federer, Grossstadtrat, Luzern

Luzern profitiert von dubiosen Firmen, die für die Umweltkatastrophe an der Elfenbeinküste verantwortlich sind. Von den grosszügigen Steuerangeboten, welche der Kanton Luzern juristischen Personen (vor allem Holding-Gesellschaften) macht, werden auch schwarze Schafe angezogen. Diesen Firmen ist der Profit wichtiger als die Gesundheit der Menschen in der Dritten Welt. Mit einem Vorstoss im Grossen Stadtrat möchten Philipp Federer und Katharina Hubacher ein solidarisches Zeichen setzen. Letztes Jahr machte Luzern als Hauptsitz der Firma Trafigura negative Schlagzeilen: Ein amerikanisches Gericht hat den internationalen Rohstoffhändler Trafigura AG zu einer Strafe von rund 20 Millionen Dollar verurteilt. Die Firma gab zu, falsche Angaben über die Herkunft von Öl aus dem Irak gemacht zu haben (vgl. NZZ Online vom 26. Mai 2006, 23:05).

Im August 2006 wurden mit Benzin und Natronlauge vermischte Abwässer aus einem Tankschiff, das von der Trafigura gechartert worden war, an rund einem Dutzend ungeschützter Müllkippen in Abidjan (Elfenbeinküste) deponiert – in einem Gebiet, wo die Ärmsten der Armen leben. Nach Angaben des Unternehmens enthielt die Ladung vor allem Abfälle aus Benzinrückständen. Fachleute der Vereinten Nationen fanden jedoch heraus, dass der Müll auch Schwefelwasserstoffe enthielt, die in hoher Dosierung tödlich wirken (vgl. NZZ vom 20. September 2006 und NZZ Online vom 28. Oktober 2006, 10:28).

In der Folge starben zehn Personen, und es kam zu sechzig Spitaleinweisungen. Kliniken und Ärzte verzeichneten mehr als 37'000 Konsultationen wegen Vergiftungserscheinungen. Mehr als 100'000 BewohnerInnen wurden mit Medikamenten behandelt.

Giftmüll als Abwässer deklariert

Das Gift hätte zuerst als Sondermüll fachgerecht in Holland entsorgt werden sollen. Weil dies der Firma zu teuer war, verschob sie die Fracht mit einem Zwischenhalt in Estland nach Abidjan. Dass die Opferbilanz nicht noch höher ausfiel, ist wohl dem starken Geruch zu verdanken, der die Bevölkerung und schliesslich auch die Behörden alarmierte.

Der Konzern beteuert, alle ivoirischen Gesetze eingehalten zu haben, als er die Entsorgung der rund 500 Tonnen Abfälle der dubiosen ivoirischen Firma Tommy anvertraute. Entgegen diesen Behauptungen wurde der Giftmüll den Hafengebörden in Abidjan laut der Agentur AFP als «Abwässer» deklariert.

Seriöse Firma?

Trafigura AG ist weder im Telefonbuch eingetragen noch befindet sich ein Namensschild am Gebäude, in dem sie residiert. Obwohl Trafigura 2005 28,5 Milliarden Umsatz erwirtschaftete, agiert die Firma lieber anonym und von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Im Giftmüllskandal wurden bisher zehn Personen hinter Gitter gesetzt, unter ihnen der Chef der Firma Tommy und ein leitender Angestellter von Puma Energy. Dieses Unternehmen ist eine Tochter der Trafigura und verfügt ebenfalls über eine Niederlassung in Luzern. Die Verwaltungsräte dieser Firma sind – oder waren – Verwaltungsräte der Trafigura.

Weil der Giftmüllskandal höchstwahrscheinlich nur durch Bestechung möglich wurde, lieferte er zusätzlichen politischen Zündstoff. Infolge des Giftmüllskandals und den daraus resultierenden Krawallen erklärte die Übergangsregierung der Elfenbeinküste am 6. September 2006 geschlossen ihren Rücktritt.

Steuerpflichtig in Luzern

Migration wird durch Krieg (z. B. um Öl), durch Korruption und Umweltverschmutzung ausgelöst. Es ist empörend, dass Luzerner Firmen in solche Machenschaften verwickelt sind.

Da die Firma Trafigura AG ihren Hauptsitz in Luzern hat, ist sie hier steuerpflichtig. Die Stadt Luzern profitiert demnach von Steuergeldern aus den Geschäften der Trafigura. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen findet es nur recht und billig, dass die Stadt Luzern einen Teil der Steuereinnahmen von der Firma Trafigura an Hilfswerke überweist, die an der Elfenbeinküste im Einsatz stehen.



Kantonale Abstimmung vom 11. März 2007

Ja zum Fixerraum

Ruedi Meier, Stadtrat Luzern, Luzern

Am 11. März 2007 können die Luzerner Stimmberechtigten zum geplanten Fixerraum Stellung beziehen. Der Fixerraum soll dazu beitragen, den Konsum im öffentlichen Raum, der meist unter unhygienischen und unwürdigen Bedingungen erfolgt, zu reduzieren. Die Gesundheit von Drogenabhängigen soll in einer besonders destruktiven Phase ihrer Sucht geschützt und ihr Überleben gesichert werden. Dank regelmässigen Kontakten können weiterreichende Schritte, wie beispielsweise eine Substitutionsbehandlung, ermöglicht werden.



In einer urbanen Agglomeration wie der Stadtregion Luzern mit über 200'000 EinwohnerInnen gehören Phänomene wie der Suchtmittelkonsum leider zur Realität. Solche Zentrumslasten gilt es aktiv anzugehen, und die Belastungen sind durch alle fair mitzutragen. Der Stadtrat setzt sich deshalb dafür ein, dass die Angebote in der Überlebenshilfe auf die Quartiere verteilt werden, auch wenn sie eine gewisse Zentrumsnähe haben müssen.

Standort Geissmättli

Die Gegnerschaft wehrt sich gegen den Standort Geissmättli, weil sie schwere Missstände im Umfeld des Fixerraums befürchtet. Die Erfahrungen aus anderen Städten und den bisherigen Institutionen der Überlebenshilfe

in der Stadt Luzern zeigen aber, dass mit Toleranz und Solidarität ein respektvolles Nebeneinander durchaus möglich ist.



Drogenpolitische Abstimmungen sind immer sehr umstritten, und auch für den 11. März 2007 wird ein knapper Ausgang erwartet – jede Stimme zählt!

Abstimmungsparole

Betriebsbeitrag Fixerraum

JA



Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Luzern

Transparente Arbeit

Agatha Fausch, Grossstadträtin, Luzern

Luzern hat mit «Wohnen im Tribtschen» attraktiven Wohnraum geschaffen. Die Bevölkerungsstatistik weist seit 2000 wieder ein leichtes Wachstum auf. Trotzdem geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen zurück. Ihr Anteil beträgt nur 14,8 %. Zugenommen hat – mit 18 % – die Zahl der Leute über 50. Es ist ein Gebot der Zeit, dafür zu sorgen, dass Luzern familienfreundlich bleibt.

Das haben wir erkannt. Wir verlangen mit Motionen im Stadtparlament und mit der städtischen Initiative, dass Luzern kinder- und elternfreundlich wird. Die Stadt soll Vätern und Müttern die Kombination von Familien- und Erwerbsarbeit ermöglichen. Sie soll ein qualitativ gutes und breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche zu Verfügung stellen.

Mit dem gleichen Engagement packt der grüne Sozialdirektor Ruedi Meier die Fragen des gesellschaftlichen Wandels proaktiv an. Er hat die neue Abteilung Kind, Jugend und Familie (KJF) geschaffen. Dort wurden Leitsätze für die Familienpolitik formuliert. Diese sind Teil der städtischen Gesamtplanung. Sie fördern kinder- und jugendfreundliche Projekte und unterstützen die Entwicklung von Modellen, die es Familien ermöglicht, Berufs- und Familienarbeit zu vereinbaren.

Bericht zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Im Dezember 2006 verabschiedete das Stadtparlament einen fast hundertseitigen Bericht zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Luzern. Eine grosse Mehrheit hat dem Bericht zugestimmt und damit Ja gesagt zu einer kinder-, jugend- und elternfreundlichen Stadt.

Der Bericht trägt die Handschrift der neu geschaffenen Abteilung KJF. Er zeigt auf, welche Projekte und Dienstleistungen Familien zur Verfügung stehen. Ersichtlich wird, dass es in den Bereichen «Vereinbarkeit Familie und Beruf», und «Prävention» viel zu tun gibt. So gibt es zum Beispiel für Schulkinder im Oberstufenalter kaum Jugendarbeit, und die familienergänzende Kinderbetreuung weist grosse Lücken auf.

Die Sozialdirektion schlägt vor, dass zu diesen Themen Zeit und Geld investiert wird. In den kommenden Jahren werden jährlich für die Jugendarbeit in den Quartieren 1'242'000 Franken und für den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung durchschnittlich 5'000'000 Franken bereitgestellt.

Zwischenbericht über zwei Pilotprojekte

Ein Zwischenbericht soll im Januar 2008 aufzeigen, wie sich die beiden Pilotprojekte «Schule und Betreuung» und «Tagesschule» entwickelt haben. Aus diesem Grund hat der Stadtrat die Frist zur Behandlung unserer Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt um ein halbes Jahr verlängert. Ein weiterer Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung soll sich auf die Auswertung der gemachten Pilotprojekte abstützen und darauf aufbauen. Die Verlängerung der Frist macht Sinn. Das Initiativkomitee hat dieser Fristverlängerung zugestimmt. Im Januar 2007 organisierte die Sozialdirektion einen weiteren Workshop zur aktuellen Baustelle Familienergänzende Kinderbetreuung für Kinder im Schulalter. Eingeladen waren Fachpersonen, NutzerInnen, Mitarbeitende der ausführenden Direktionen Bildung und Soziales sowie VertreterInnen der Politik. Solche Tagungen finden regelmässig statt. Sie stellen sicher, dass sich alle AkteurInnen am Veränderungs- und Entwicklungsprozess beteiligen und diesen auch mittragen. Die Sozialdirektion arbeitet transparent und partizipativ.

Seit dreissig Jahren wohne ich in Luzern und setze mich ein für Lebensqualität von Familien mit ihren Kindern. So freut es mich, dass die Stadt diese Fragen angeht. Das motiviert mich zu noch mehr Engagement. Wir bleiben dran und wir setzen uns dafür ein, dass das Begonnene weitergeführt wird.



Neubaukredit für Langensandbrücke

Umstrittener Neubau

Philipp Federer, Grossstadtrat, Luzern

Unbestritten ist der Neubaubedarf. Die 67-jährige Brücke ist in einem sehr schlechten Zustand. Eine bloss Sanierung der Brücke ist nicht zu verantworten, weil sie einsturzfähig ist und viele Eisenteile und Tragkammern schwer angegriffen sind.

Planungskredit

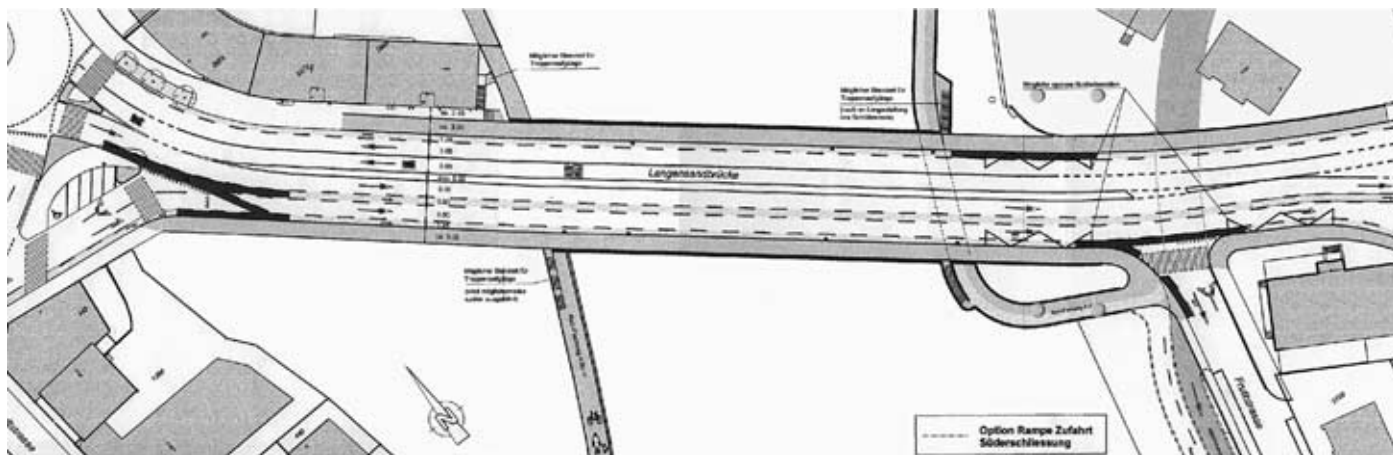
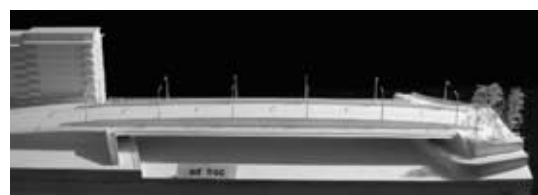
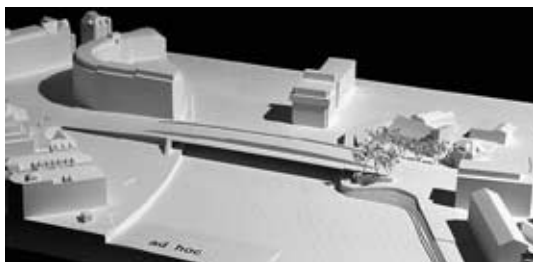
Beim Planungskredit wurde die Breite der Brücke von 14 auf neu 27,5 Meter inklusive Auskragung, ohne auf 24,3 Meter festgelegt. Stadteinwärts erhält die Brücke zusätzlich eine Busspur und stadtauswärts eine zusätzliche Autofahrspur. Diese zweite Autofahrspur wird mit dem Südzubringer begründet. Unserer Meinung nach ist diese verkehrspolitische Begründung falsch. Eine zusätzliche Autofahrspur lockt mehr Autofahrer an und entlastet die Stadt nicht. Sie hat nach unserer Einschätzung vor dem Volk auch keine Chance. Im Grossen Stadtrat versuchten wir vergeblich, diese Fahrspur zu verhindern. Weil wir mit unseren Anträgen unterlagen, lehnten wir den Kredit ab – als einzige Fraktion geschlossen!

Wettbewerb

Das Wettbewerbsverfahren brachte in einer ersten Phase ein «Golden-Gate-Bridge-ähnliches» Gebilde als Sieger hervor. Nach der zweiten Phase waren viele erleichtert, da nicht das gigantische Werk der ersten Runde gewann, sondern ein schlichteres.

Ausführungskredit

Die Grösse der Brücke ist vorgegeben. Wir konnten nur über diesen Neubau abstimmen. Die Fraktion tat sich schwer damit. Einerseits ist der Bedarf an einer neuen Brücke gross, und einige Elemente sind velofreundlich (Quer Verbindung), andererseits ist die Brücke überdimensioniert und hat einen 1,5 m höheren Buckel als die alte. Der Verzicht auf den Fussgängerstreifen und die unterirdische Querung gefallen uns gar nicht. Der Grosse Stadtrat entschied sich mit einigen grünen Enthaltungen einstimmig für diesen Neubau. Es bleibt für uns die Frage, ob das Volk und die Partei diesen Entscheid anfechten soll. Bis zum Redaktionsschluss war die Parole des städtischen Vorstandes nicht gefasst. Die Parole wird rasch auf der Homepage veröffentlicht und den Medien mitgeteilt.



Städtische Abstimmung vom 11. März 2007

Baurechtsvertrag Verkehrshaus

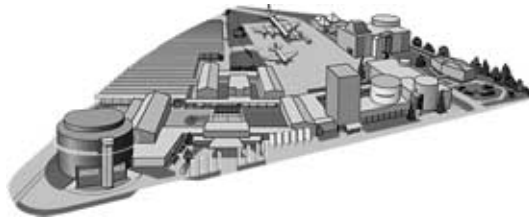
Hans Stutz, Grosstadtrat, Luzern

Die Regeln der städtischen Gemeindeordnung bringen es mit sich, dass die StimmbürgerInnen über gänzlich unbestrittene Sachgeschäfte abstimmen müssen.

Am 11. März 2007 beispielsweise über die Verlängerung des Baurechtsvertrag mit dem Verkehrshaus. Der jetzige Vertrag läuft zwar noch bis 2017, wird nun aber – wegen anstehender Bankdarlehen – bereits jetzt um fünfzig Jahre verlängert.

Das Verkehrshaus der Schweiz kann damit weiter dort stehen bleiben, wo es ist. Die Stadt

gibt der Betreiberin das Land gratis im Baurecht ab.



Und übrigens: Abstimmen müssen die StimmbürgerInnen, weil der angenommene Baurechtszins für zwanzig Jahre die Summe von 10 Millionen Franken übersteigt.

Also: JA zum Baurechtsvertrag mit dem Verkehrshaus.



Abstimmungsparole

Baurechtsvertrag mit dem Verkehrshaus

JA



**Wir glauben.
Arbeit braucht einen sicheren Rahmen.**



Feierliche Eröffnung der ökumenischen Kampagne 2007 in Luzern

Prekäre Arbeitsverhältnisse in Costa Rica und Luzern

Wort



Tirsia Ventura, Theologin aus Costa Rica, berichtet über ihr Engagement für Frauen in unsicheren Arbeitsverhältnissen in Costa Rica (spanisch, mit Übersetzung)

Antwort

Ruedi Meier, Sozialdirektor der Stadt Luzern, antwortet aus der Perspektive schweizerischer Sozialpolitik

Musik

Agnes Hunger, Sopran, improvisiert mit ihrer Stimme, begleitet von **Jimmy Gmür**, Akkordeon/Piano

Begegnung beim Apéro für alle

Herzlich laden ein: Katholische Kirche Stadt Luzern, Evangelisch-Reformierte Teilkirchengemeinden der Stadt Luzern, Christkatholische Kirchengemeinde Luzern, FrauenKirche Zentralschweiz, RomeroHaus, Missionskonferenz Region Luzern, Evangelisch-Reformierte Kirche des Kantons Luzern.

Montag, 26. Februar, 19.00 - 21.00 Uhr
Matthäuskirche Luzern
Hertensteinstrasse, beim Hotel Schweizerhof

Abschied von einer Stimme der Tradition Wechsel bei den Krienser Grünen

Susanne Lanz, Einwohnerrätin Grüne, Kriens

Heinz Schwarz hat sich während fünf Jahren für die Sache der Grünen im Krienser Einwohnerrat eingesetzt. Nun ist er zurückgetreten. Neu hat Erich Tschümperlin im Rat Einsitz genommen.



Als Konservator mit eigenem Geschäft hat Heinz viel Herzblut und Können für den Erhalt von Kulturobjekten bewiesen. Er hat aufgezeigt, dass es nicht damit getan ist, Kultur und Tradition nur mit Faschnachts- und Samichlausumzügen zu pflegen. Die Geschichte von Kriens lebt auch in den Zeitzeugen der landwirtschaftlichen und industriellen Vergangenheit. Heinz hat deshalb mitgelitten, als der Bärenbiss abbrannte. Weshalb haben es die politischen Verantwortlichen verpasst, die Sanierung des Gebäudes rechtzeitig in die Wege zu leiten? Grüne Politik trägt nachhaltig Sorge zur Tradition, und Heinz war eine ihrer Stimmen.

Als Geschäftsmann ist Heinz oft unterwegs und am frühen Abend, wenn politische Sitzungen stattfinden, schlecht abkömmlich. Politik und Geschäft haben sich deshalb nicht länger miteinander vereinbaren lassen.



Neu im Einwohnerrat

An seiner Stelle zieht nun Erich Tschümperlin in den Rat ein. Er ist langjähriges Mitglied der Umwelt- und Naturschutzkommission (UNK) und ergänzt die grüne Fraktion (Bruno Bienz, Susanne Lanz und Pia Zeder) optimal. Seine frische und unverblünte, gleichzeitig aber auch sachliche und kompetente Art wird dem Einwohnerrat gut tun.



Die grüne Fraktion erhält mit ihm einen überzeugten Kämpfer für viele ihrer Anliegen, zum Beispiel in Energiefragen (Erich ist Ingenieur), beim sorgsamem Umgang mit Ressourcen, im Kampf gegen die Strahlung von Natelantennen und in Verkehrsfragen. Erich ist ein leidenschaftlicher Diskutierer, engagiert und überzeugend, und wir wünschen ihm viel Durchsetzungsvermögen in der Krienser Legislative.

In der UNK werden die Grünen Kriens neu durch Michael Rölli, einem Umweltnaturwissenschaftler (Dipl. Umwelt-Natw. ETH), vertreten sein. Auch ihm wünschen wir viel Erfolg bei seiner neuen und wichtigen Aufgabe.

Grüne Fraktion Kriens

Pia Zeder

Bruno Bienz

Erich Tschümperlin

Susanne Lanz

Wer ist in welcher Kommission tätig?

Verwaltungs- und Bildungskommission

Baukommission, Umwelt- und Sicherheitskommission und Büro

Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Sozial- und Gesundheitskommission (Präsidentin), Bürgerrechtskommission

Sollen Kriens und Luzern fusionieren?

Pro und Kontra Fusion

Kontra: Bruno Bienz, Einwohnerrat Grüne, Kriens; Pro: Patrick Graf, Grossrat Grüne, Kriens

Kontra

Es ist eine Tatsache, dass wir in der Region immer komplexere Probleme haben und diese nur gemeinsam lösen können. In einer Grossregion ohne Gemeindegrenzen das Allheilmittel zu sehen, ist jedoch falsch. Die Risiken einer Fusion werden unterschätzt und demokratische Rechte aufs Spiel gesetzt.

So besteht das Risiko, dass die Anonymität in der Agglomeration weiter zunehmen wird. Die Identifikation der Menschen mit ihrem Wohnort und ihr Engagement würden sich weiter verringern. Ein zweites Risiko besteht da-

rin, dass lokale Interessen einfach übergangen werden könnten. Die demokratischen Rechte würden deutlich schwieriger lebbar, und die Bürgernähe der Exekutive, die es heute in der Region dank vernünftigen Gemeindegrossen noch gibt, ginge fast vollkommen verloren. Gleichzeitig würden die Verwaltungsabteilungen grösser und unpersönlicher.

Meiner Meinung nach ist eine Eingemeindung falsch, solange eine Gemeinde eine Identität hat und sich selbstständig fühlt. Zudem dürfen Gemeindegrenzen nicht «von oben» angestossen werden. Die Einsicht und der Wille zu einer Fusion muss «von unten» kommen.

Noch ist offen, ob grössere Gemeinden kostengünstiger arbeiten. Eine Studie der Universität Bern zeigt, dass die finanziellen Auswirkungen von Fall zu Fall unterschiedlich sind. Ob eine Fusion finanzielle Vorteile bringt oder nicht, muss in jedem Einzelfall neu beurteilt werden.

Die Eingemeindung von Kriens in Luzern würde Kriens degradieren – von der eigenständigen Gemeinde zur Vorortsagglomeration. Die Übermacht von Gross-Luzern würde Ungleichgewichte im Kanton verursachen. Deshalb soll sich Kriens meiner Meinung nach nicht einverleiben lassen – schliesslich

wollen wir der Stadt Luzern auch keine Verdauungsbeschwerden bereiten!

Pro

Die Luzerner Agglo ist heute ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet. Die Gemeindegrenzen machen geografisch kaum mehr Sinn und stimmen auch mit den Lebenswelten nicht mehr überein. Viele Menschen wohnen in Kriens, gehen nach Luzern in den Ausgang und arbeiten z. B. in Emmen. Oder sie zügel von einem Agglo-Quartier ins andere und wech-

seln so ungewollt die Gemeinde. Logischer wäre es, wenn die Agglo-Gemeinden fusionieren und so auch politisch zu Stadtquartieren würden, die sie faktisch ja schon sind. Eine fusionierte Gemeinde könnte auch die heutigen Probleme besser lösen. Bus- und Bahnverbindungen, Verkehrs- und Raumplanung etc. müssen gesamthaft angegangen werden. Und demokratischer: In den heutigen Zweckverbänden entscheiden ja die Gemeinderäte alleine – Parlamente und Bevölkerung haben nichts zu sagen. Und oft verhindern die Gemeindegrenzen sinnvollere Lösungen für die ganze Region. «Gemeinsam statt gegeneinander» muss das Motto sein. Nicht zuletzt auch, um den Steuerwettbewerb zwischen den Gemeinden einzudämmen.

Wenn Luzern und Littau fusioniert haben, hoffe ich auf eine Diskussion über weitere Vereinigungen, bei der die Vor- und Nachteile offen auf den Tisch kommen. Ich bin überzeugt, dass die Chancen für die Zukunft grösser sind als die Risiken.



Revision der Horwer Gemeindeordnung

Schulpflege beibehalten!

RundBrief Redaktion

Die L2O hat sich intensiv mit dem Entwurf des Gemeinderates für die revidierte Gemeindeordnung befasst. Neben der Stärkung der Volksrechte ist darin die Stellung der Schulpflege in der Gemeinde von grosser Bedeutung.

In ihrer Stellungnahme zur neuen Gemeindeordnung vertritt die L2O die Ansicht, dass die Schulpflege grundsätzlich in ihrer heutigen Form beibehalten und wie bis anhin vom Volk gewählt werden soll. Die Volkswahl ist vor allem für die «Kunden» der Schule – vorab die stimmberechtigten Eltern von schulpflichtigen Kindern – von Bedeutung, und sie ermöglicht auch politisch unabhängigen Personen, sich für einen Sitz zu bewerben.

Leistungsauftrag und Globalbudget

Doch die L2O will die Schulpflege nicht nur beibehalten, sondern gezielt in ihrer Bedeutung stärken: Sie soll in Zukunft die Gesamtverantwortung für die Horwer Volksschule übernehmen. Konkret schlägt die L2O vor, dass die Schulpflege neben einem klar definierten Leistungsauftrag auch ein Globalbudget für den gesamten Volksschulbereich erhält. Dieser Kredit soll jährlich vom Einwohnerrat beschlossen werden, und die Schulpflege kann darüber verfügen, um ihren Leistungsauftrag zu erfüllen. Nur so kann nach Ansicht der L2O die Schulpflege die Gesamtverantwortung für die Volksschule auf sinnvolle Weise übernehmen.

Dafür ist es aber unabdingbar, dass die mit der letzten Revision der Gemeindeordnung begonnene Neuorganisation der Schulpflege weiterentwickelt wird. Insbesondere die strategischen und operativen Aufgaben sowie das Controlling der Schule müssen noch klarer definiert werden. Dies macht neue Grundlagen nötig: Das bestehende Schulpflegereglement muss überarbeitet und ergänzt oder durch ein neues Reglement über die Organisation der Horwer Volksschule abgelöst werden.

Gemeinsamen Nenner finden

Auch der Austausch zwischen allen an der Schule beteiligten Führungsebenen (Einwohner- und Gemeinderat, Schulpflege und Schulleitung) muss verstärkt werden. Einen ersten wichtigen Schritt dafür schlägt der Gemeinderat in der neuen Gemeindeordnung vor: Das für die Schule zuständige Gemeinderatsmitglied soll von Amtes wegen neu stimmberechtigtes Mitglied der Schulpflege sein und als Bindeglied zwischen Schulpflege und Gemeinderat die Interessen der Volksschule auch im Einwohnerrat vertreten. Für den Austausch zwischen der Schulpflege und dem Einwohnerrat muss ebenfalls eine Lösung gefunden werden, die das Verständnis für die schulischen Anliegen fördert.

Die L2O schlägt deshalb vor, alle Führungsbeteiligten möglichst bald an einen Tisch zu bringen, zusammen mit einer Vertretung der Lehrerinnen und Lehrer. Ziel muss es sein, einen gemeinsamen Nenner für die Horwer Volksschule zu finden. Die künftige Organisationsform soll vor allem der Schule dienen und die vorhandenen Aufgaben optimal auf die verschiedenen Ebenen verteilen – zur Zufriedenheit aller, die an einer guten Schule interessiert sind.

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Buchtipp

Vor uns die Sintflut

Alain Greter, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Mitte Februar 2005 trat das Kyoto-Protokoll in Kraft. Am gleichen Tag sprach der Republikaner James Inhofe, Vorsitzender des amerikanischen Senatsausschusses für Umwelt und öffentliche Arbeiten, vor dem Senat. In seiner Rede bezeichnete er den Klimawandel als das «grösste Ammenmärchen, das man den Amerikanern je aufgetischt hat». Nach der Lektüre der Depeschen von der Klimafront bleibt allerdings kein Zweifel, dass der anthropogene Treibhauseffekt eine Tatsache ist.

Die Journalistin Elizabeth Kolbert recherchierte unter anderem in Alaska, Grönland, England und Holland. Ihre Reportagen heben hervor, dass sich in den letzten fünf bis zehn Jahren die globale Erwärmung als Signal von den natürlichen Klimaschwankungen abgehoben hat. Im Gespräch mit Fachleuten aus verschiedenen Disziplinen (Archäologie, Biologie, Geografie oder Physik) und anhand von historischen Rückblicken werden Probleme, Zusammenhänge und Risiken verständlich gemacht. Die Autorin verbindet sehr geschickt Reportage und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse. Dadurch ist die Lektüre informativ und anschaulich zugleich.

Neben der Aufklärung über die komplexe Problematik stehen zwei Aussagen im Vordergrund. Zum Ersten ist der Klimawandel ein Prozess, der bereits mit dem Beginn der Industrialisierung in Gang gesetzt wurde. Weil aber das Klimasystem mit einer zeitlichen Verzögerung reagiert, manifestieren sich Veränderungen erst erheblich später. Zum Zweiten sind sich die Experten schon seit längerer Zeit über den Handlungsbedarf einig. Bereits 1979 drückten Wissenschaftler ihre Sorge aus: «Die ersten warnenden Anzeichen treten vielleicht erst auf, wenn der Kohlendioxidgehalt eine kritische Schwelle überschritten hat, so dass ein merklicher Klimawandel unvermeidlich ist.» Der Rückzug des arktischen Meereseises, die Erwärmung der Meere, das rasche Schrumpfen der Gletscher, die Veränderung der Verbreitungsgebiete von Pflanzen und Tieren, das Schmelzen des Permafrostbodens sind inzwischen feststellbare Phänomene. Diese von Kolbert beschriebenen Gegebenheiten betonen den Handlungsbedarf erst recht.

Elizabeth Kolberts Reportagen eignen sich besser, sich mit der Problematik des Klimawandels vertraut zu machen, als Martine Rebetez' Helvetien im Treibhaus (siehe Greenfo Nr. 3/September 2006). Wer bereits alles über den Klimawandel zu wissen glaubt, wird sich bei der Lektüre dennoch nicht langweilen.



Elizabeth Kolbert:
Vor uns die Sintflut.
Depeschen von der
Klimafront.
Berlin Verlag 2006,
221 Seiten
CHF 26.80



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Winter-Palaver am 8. Januar 2007

Schnell, schneller – wie weiter?

Andreas Schönbächler, Vorstand Stadt, Luzern

Bei frühlingshaften Temperaturen begaben sich am Abend des 8. Januar rund zwanzig Personen ins Konservatorium auf dem Dreilindenhügel. Sie kamen, um dem Winter-Palaver mit dem besinnlichen Thema «Entschleunigung – vom Umgang mit der Zeit in einer temporeichen Welt» beizuwohnen.

Der mit Kerzen beleuchtete Weg, die alte Villa mit ihren eindrücklichen Cheminées und die Distanz zu den Lichtern der Stadt schufen eine gute Atmosphäre, um innezuhalten und sich Gedanken über die Geschwindigkeit und die Zwänge der modernen Zivilisation zu machen. Zur Einführung in die Thematik stellte Silvia Strahm

Bernet, Theologin und Publizistin, Thesen aus dem Buch «Entschleunigung» von Fritz Reheis vor: Dieses macht Vorschläge, wie ein Ausstieg aus der Hamsterrad-Logik gedacht werden kann.

Faulheitsprämie?

Im Verlauf des Abends diskutierten die Anwesenden über einige spannende Ansätze. Ein Kernpunkt war die Neudefinition von Wohlstand als nicht bloss materieller Wert, sondern als Möglichkeit zur Lebensgestaltung. Mehrmals wurde betont, dass die Einstellung zu Konsum und Glück zu grossen Teilen eine Frage von sozialem Umfeld, Erziehung und Bildung ist. Zu Kritik Anlass gab die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Brücken zur

realen Politik fanden wir dort, wo es um die Verteidigung von Sonn- und Feiertagen oder um die Verteilung von Arbeitszeit ging. Eine «Prämie auf Faulheit», die Reheis vorschlägt, lässt sich mit der Idee des von Arbeit entkoppelten Grundeinkommens vergleichen.

Mein Fazit?

Entschleunigung ist nicht einfach. Es kann aber jedeR für sich versuchen, bewusste Pausen einzulegen und sich Konsumzwängen zu entziehen. Daneben kann aber auch der Einsatz für gesellschaftliches Umdenken nicht schaden.

Hinweis

Das Referat von Silvia Strahm Bernet kann übrigens auf der Homepage der Grünen heruntergeladen werden.

Nächstes Palaver

Montag, 7. Mai 2007, 18.30 Uhr in der Stadtbibliothek, mit Christian Sager.

Thema: grüne Politik, Kernthemen & Werte; heute, morgen und übermorgen.





Nicht schlecht staunten wir, als die Neue LZ über die SP-Delegiertenversammlung schrieb: «Die SP wird grüner.» Dachte der Journalist dabei an die Parole zum Schwanderholzstutz oder an die SP-Verkehrskommissionsmitglieder, oder war der Satz als Hinweis gedacht, **in welche Richtung es gehen müsste?**

«Mehr Herz bitte für Heimbewohner» forderte Ruth Schneider am 16. 12. 2006 in der Neuen LZ von der CVP, weil diese die Buslinie 11 nicht unterstützte. Dass der «grüne» SP-Sprecher, Dominik Durrer, gegen die Petition redete, vergass sie zu erwähnen.

Nicht schlecht staunten wir über das Bildungswochenende für Kandidatinnen und Kandidaten der SP, einsehbar im links.ch vom 10. 06. 2006. Da werden für das Medientraining in Morschach 200 Franken verlangt – dafür kriegen die Anwesenden die **Sicht der Polizei** von Simon Kopp und von Dani Deicher hautnah vermittelt ...

Die SVP macht einen kastrierten Ziegenbock zu ihrem Wahlsymbol. Gemäss dem Generalsekretär verkörpert er **die Eigenschaften der SVP**. Eigenartigerweise identifiziert sich die SVP mit einem illegalen Afrikaner, mit einer Afrikanischen Zwergziege ohne Herdenbucheintrag. Der sprichwörtliche Eigensinn ist ja noch einigermaßen positiv. Dazu stellen wir aber auch fest, dass die SVPler nun endgültig zu den Dickköpfigen gehören, zu den unfruchtbaren Querschlägern, die stinken und dauernd meckern!

Diese **stinkende Sturköpfigkeit** war eigentlich schon länger ersichtlich. Am 5. 9. 2006 meinte Yves Holenweger am JCVP-Podium in Littau: «Das Spital Wolhusen hätte man schon lange schliessen sollen.»

Die Steuersenker des Vereins für tragbare Steuern verkünden seit Jahren auf ihrer Homepage, sie seien parteipolitisch unabhängig und 80 Prozent ihrer Mitglieder in keiner Partei. Alle vier Mitglieder des Vereinsvorstandes gehören jedoch der SVP an, drei davon politisieren im Grossen Stadtrat, ein Mitglied im Grossen Rat. Betrachtet man/frau die Statuten des Vereins, so müssten es eigentlich mindestens fünf Vorstandsmitglieder sein. Es **stinkt auch da**, der Verein verhält sich seit Jahren nicht einmal statutenkonform! Ihr Kampf gegen Geschwindigkeitskontrollen und gegen Radarkästen hat man militante Mitglieder oder Ausführende hervorgebracht. Oder wie sonst sind die gezielten Gewehr-schüsse auf mehrere Luzerner Radarkästen zu erklären?

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf
Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion
Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi, Jonas Ott

Korrektorat
Nina Ceresa

Inserate
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos
Lisbeth Mattmann, Jonas Ott

Konzept, Gestaltung und Druck
Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung
5x im Jahr, Auflage 1450 Exemplare

Abonnement
Ein Jahr Fr. 30.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss
RundBrief 2/2007, 7. Mai 2007



Rundbrief 1/07

Agenda

Februar

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
Di 27. 19.30 **Städtischer Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern

März

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
Fr 02. 19.30 **Politikerinnen stellen Weichen**, Akademie für Erwachsenenbildung, Kasernenplatz 1, Luzern
Fr 02. 20.00 **Sitzung Junge Grüne**, Sekretariat Grüne Luzern
Mo 05. 19.00 **Wahlgruppe**, ab 20.00 Uhr Kant. Vorstand, Sekretariat Grüne LU
Fr 09. 18.30 **Podium Willisau**, foroom, Willisau
Sa 10. 18.00 **WAHLFEST**, Sentitreff, Baselstr. 21, Luzern
So 11. **Abstimmungssonntag**
Di 20. 19.30 **Städtischer Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern
Mo 26. 19.00 **Wahlgruppe**, ab 20.00 Uhr Kant. Vorstand, Sekretariat Grüne LU

April

- Datum Zeit Veranstaltung · Ort
So 01. **Grossrats- und Regierungsratswahlen**
Wahlapéro, im Neustädtli (Nachmittag)
Mo 02. 19.00 **Wahlgruppe**, Sekretariat Grüne Luzern
Di 03. 19.30 **Frauengruppe**, Sekretariat Grüne Luzern
Di 03. 19.00 **Mitgliederversammlung** (provisorisch) zum 2. Wahlgang
Regierungsratswahlen (alles Weitere im Internet)
Fr 13. 20.00 **Sitzung Junge Grüne**, Sekretariat Grüne Luzern
Mo 23. 19.30 **Kantonaler Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern
Di 24. 19.30 **Städtischer Vorstand**, Sekretariat Grüne Luzern



Rundbrief 1/07

Veranstaltung

Einladung

Wahlfest vom 10. März 2007

Liebe Grüne
Wir laden euch herzlich zum Wahlfest und zum 20-Jahr-Jubiläum ein. Das Fest steigt am Samstag, 10. März 2007, im Sentitreff Luzern (Baselstr. 21).

Programm

- 18.00 Podium mit Rosa Rumi (Regierungskandidatin Grüne Luzern),
Manuela Weichel-Picard (Regierungsrätin Alternative Zug) und Josko
Vlasic (grüner Abgeordneter aus Österreich)
Ab 19.30 Essen und Trinken aus verschiedenen Kontinenten
20.00 Special Event
Ab 21.00 Musik mit DJ Georg Waldvogel

Wir freuen uns auf euer zahlreiches Erscheinen!
Vorstand und Sekretariat der Grünen Luzern